

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

38. Jahrgang / 244

21. Dezember 1983

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Vorsitzender der SPD-  
Bundestagsfraktion, zum  
65. Geburtstag von Helmut  
Schmidt: Wir können weiter  
auf ihn rechnen.

Seite 1

Klaus Thüsing, Mitglied  
des Bezirksvorstandes  
Ost-Westfalen-Lippe der  
SPD, zu Arafats zweitem  
Exodus: Eine Niederlage  
für die Friedenskräfte.

Seite 4

Karsten D. Voigt MdB, Ob-  
mann der SPD-Fraktion im  
Auswärtigen Ausschuß, zum  
10. Jahrestag der Aufnahme  
diplomatischer Bezie-  
hungen mit Bulgarien und  
Ungarn: Es gibt keine  
Alternative zur Entspan-  
nungspolitik.

Seite 6

Wir können weiter auf Helmut Schmidt rechnen

Zum 65. Geburtstag des Alt-Bundeskanzlers

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Helmut Schmidts politischer Lebenslauf ist ein Stück deutscher Nachkriegsgeschichte - und wahrlich nicht das schlechteste! Aber weder ist es an der Zeit, dies schon historisch zu bewerten, noch gar einen politischen Nachruf zu schreiben. Männer wie er wirken weiter, nicht durch Ämter und Würden, sondern durch die gedankliche Klarheit der Analyse und durch ihre von Erfahrung geschärfte Urteilskraft.

Die Stationen seines politischen Lebens sind schnell aufgezählt: Beitritt zur Sozialdemokratie 1946, Mitglied des Parteivorstandes seit 1958, Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden (als Nachfolger seines Vorbildes und Freundes Fritz Erler) 1968, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953 (mit der kurzen Unterbrechung von 1961 bis 1965), Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion 1966 bis 1969. Dazu die staatlichen Ämter: Hamburger Innensenator 1961 bis 1965, Bundesverteidigungsminister 1969 bis 1972, Bundesminister der Finanzen 1972 bis 1974 (einschließlich Wirtschaft bis Ende 1972) und Bundeskanzler von 1974 bis 1982.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Prinzipalher Drucken  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Helmut Schmidt ist Sozialdemokrat geworden nicht als Anhänger einer "ideologischen" Schule, er glaubte nicht an politische Gesetzmäßigkeiten oder zwangsläufige geschichtliche Abläufe. Er war als Angehöriger einer Generation, die ihre ersten erwachsenen Jahre im Krieg verbringen mußte, entschlossen, durch eigenes Handeln die Lehre zu ziehen aus dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie. Und diese Möglichkeit sah er in der politischen Gemeinschaft der Sozialdemokraten. Sie boten seinem hochentwickelten Gerechtigkeitsempfinden, seiner Vorstellung einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaft die politische Heimat. Und in ihr hatten sich Männer und Frauen wiedergefunden, die ihm Vorbild und Leitbilder waren: Von Max Brauer bis Herbert Weichmann, von Kurt Schumacher bis Fritz Eiler.

Helmut Schmidt selbst hat kürzlich mit bewegten Worten geschildert, was ihm "seine" SPD als politische Heimat bedeutet hat und weiter bedeutet. Er hat damit auch jene warnen wollen, die sich anschickten, ihn als Kronzeugen gegen seine eigene Partei zu mißbrauchen.

Aber er hat bei anderen Gelegenheiten hinzugefügt: Als Überzeugter Sozialdemokrat habe er sich doch in staatlichen Ämtern nicht nur seiner Partei verantwortlich gefühlt. Dies habe er zunächst als Hamburger Innensenator während der Flutkatastrophe so empfunden (und später wohl besonders stark während der Herausforderungen durch die Terroriswelle des Jahres 1977). Hier haben manche einen Gegensatz sehen wollen, wo keiner war. Sie übersahen, daß das Grundmotiv für den homo politicus Helmut Schmidt ein zutiefst ethisch fundierter Pragmatismus war, der Grundsatztreue verlangt und zugleich Programme an Realitäten mißt. Um das leichtfertige Mißverständnis gleich auszuräumen: Das ist weit mehr als nur die Beschäftigung mit den nüchternen Realitäten des Tages, die Perspektive vermissen läßt. Gewiß: Helmut Schmidt war der Anspruch auf "geistige Führung" eines Volkes immer suspekt. Aber gleichzeitig hat sein Handeln und sein Beispiel eben dieses immer wieder vermittelt: Orientierung und geistige Auseinandersetzung. Welch ein Gegensatz zu denen, die heute über "geistig-moralische Erneuerung" reden, in Wahrheit aber rat- und hilflos schwanken oder schweigen.



Helmut Schmidt hat Gefolgschaft und Widerspruch gefunden und herausgefordert, innerhalb und außerhalb seiner Partei. Er hat nie geschwiegen, wenn ihm etwas bedenklich erschien, weil er bequemen Lösungen nichts abgewinnen konnte. "Die Jugend, wenn sie irrt, hat Anspruch auf den Widerspruch der Älteren." Das war einer seiner Kernsätze - und er galt nicht nur für die Jugend. Auch darin zeigt sich Führung, die dann freilich auch die Gefahr einschließt, sich einmal nicht durchsetzen zu können. Die Stärke eines Menschen erweist sich in besonderem Maße, wenn eine solche Situation eintritt - und Helmut Schmidt hat uns auch dafür gerade jetzt ein überzeugendes Beispiel gegeben.

Er wird in dieser Woche 65 Jahre alt, auch bei dem selbstgewählten Verzicht auf wichtige Ämter kein Grund für den Ruhestand, der bei der Energie und Tatkraft dieses Mannes ohnehin undenkbar ist. Er hat die Unabhängigkeit eines elder statesman gewählt, und wer könnte diese Rolle besser ausfüllen als er!

Ein ganz persönliches Wort am Schluß: Ich weiß, daß Helmut Schmidt seit dem Herbst vergangenen Jahres alles getan hat, damit mir meine Aufgabe erleichtert wird. Ich habe bei ihm immer eine offene Tür gefunden, er hat weder Anregung noch Widerspruch zurückgehalten - allerdings ohne öffentliches Aufsehen. Für diesen Freundesdienst, der gleichzeitig Rat vermittelt und Verantwortlichkeit respektiert, bin ich dankbar. Ich weiß, daß wir weiter auf Helmut Schmidt rechnen können.

(-/21.12.1983/ks/rs)

+ + +



Arafats zweiter Exodus  
-----

Der Auszug aus Tripoli bedeutet eine Niederlage der Friedenskräfte im Nahen Osten

Von Klaus Thüsing

Mitglied des Bezirksvorstandes Ost-Westfalen-Lippe der SPD

Yassir Arafat verließ Tripoli bei seinem zweiten Exodus innerhalb von 15 Monaten mit dem Victory-Zeichen. Sicher, die von seinen Gegnern in Syrien und den abgefallenen PLO-Einheiten sowie Israel geplante physische Vernichtung Arafats und seiner Kämpfer konnten noch einmal abgewandt werden; doch der Auszug Arafats aus Tripoli ist eine Niederlage der Friedenskräfte im Nahen Osten.

Die Extremisten in Israel und Syrien haben sich so lange die Bälle zugespielt, bis jede Friedensiösung unwahrscheinlicher wurde als jemals in den letzten Jahren. Das vor allem deshalb, weil die Lösung der nationalen Frage der Palästinenser nach wie vor das Kernproblem einer Friedensordnung im Nahen Osten ist und vorläufig alle Ansätze zerstört sind, die eine Lösung der palästinensischen Frage möglich gemacht hätten.

Vor dem Libanonkrieg Israels im Sommer 1982 fehlte es an zwei entscheidenden Schritten, um den Teufelskreis zu durchbrechen: Zunächst und vor allem an einer Erklärung Israels, die das Recht der Palästinenser auf nationale Souveränität und Unabhängigkeit grundsätzlich anerkannte und zweitens an einer nicht mehr diplomatisch verklausulierten Erklärung der PLO und ihres Vorsitzenden Arafat, die den Staat Israel in seinen Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 anerkannt hätte.

Die Hoffnungen der Friedenskräfte auf beiden Seiten wurden zerschlagen als vor eineinhalb Jahren der Angriff Israels auf den Libanon begann, der die Vernichtung der PLO und möglichst vieler ihrer Anhänger zum Ziel hatte. Doch die PLO überlebte, nicht zuletzt, weil sich die Regierung Israels einer Protestbewegung im eigenen Lande gegenüber sah, die erstmals in der Geschichte Israels zu Massendemonstrationen gegen die Regierung führte.

Auf der anderen Seite versuchte Syrien schließlich erfolgreich die PLO zu spalten und zu einem Instrument ihrer eigenen Politik zu machen. Dabei köderte sie die abgefallenen PLO-Einheiten mit der Hoffnung auf die Vernichtung Israels, verschwieg



dabei aber, daß Syrien einen palästinensischen Nationalstaat nicht wirklich will, weil in seiner Sicht Palästina ein Teil Syriens ist, der nach dem Ersten Weltkrieg unrechtmäßig abgetrennt wurde. Schon in den letzten Jahren hatte Syrien einen Untergrundkrieg gegen die verhandlungsbereiten Friedenskräfte in der PLO geführt und mit Hilfe des syrischen Geheimdienstes und des palästinensischen Quislings Abu Nidal eine Serie von Mordanschlägen auf führende Palästinenser verübt, die zu den Friedenskräften gezählt wurden. Das prominenteste Opfer war in diesem Jahr der außenpolitische Berater Arafats, Issam Sartawi.

Zwar bewies der Libanonkrieg des letzten Jahres die Unmöglichkeit gewaltsamer Lösungen des Nah-Ost-Konflikts, dennoch setzten sich erneut sowohl in Israel als auch in Syrien die Kräfte durch, die weiter auf gewaltsame militärische Lösungen setzen. Deshalb mußte die Rede Arafats vor der Nah-Ost-Konferenz der Vereinten Nationen im Sommer dieses Jahres in Genf, in der er so deutlich wie nie zuvor eine Anerkennung des Staates Israel durch die PLO signalisierte, als Kampfansage an die syrische Regierung wirken, die folgerichtig mit Hilfe der von Arafat abgefallenen palästinensischen Verbände den Angriff auf die Arafat-treuen Kämpfer und Lager in und um Tripoli begann. Die Kämpfe wurden erneut ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung geführt. Tausende unschuldiger Opfer der mörderischen Kämpfe, die von Syrien mit schweren Waffen geführt wurden, sind zu beklagen.

Nachdem Israel und Syrien nun die weitgehende Zerstörung der PLO gelungen ist, dem palästinensischen Volk erneut die Hoffnungen geraubt wurden, die Lage im Libanon sich als aussichtslos darstellt, stehen alle Seiten vor den Trümmern einer verfehlten Politik und den fortwährenden Leiden der Menschen im Nahen Osten. Statt nun endlich über Friedensmöglichkeiten zu reden, werden neue Waffengänge mit immer mehr mörderischen Waffen vorbereitet. Eine unheilvolle Rolle spielen auch die Großmächte, in dem sie nackte Interessenpolitik betreiben statt die Friedenskräfte zu unterstützen. Die USA müßten ihre Macht nutzen, um Druck auf die israelische Regierung auszuüben, die UdSSR um die syrische Regierung von ihren Kriegsplänen abzubringen.

Als Etappe auf dem Weg nach Jerusalem bezeichnete Yassir Arafat seinen Auszug aus Tripoli; die beiden letzten Jahre aber haben nicht die ermutigt, die ein friedliches Jerusalem ersehnen.

(-/21.12.1983/ks/rs)

+ + +



### Zur Entspannung gibt es keine Alternative

---

Die diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien und Ungarn wurden vor zehn Jahren aufgenommen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschub

Mit dem Kommuniqué vom 21. Dezember 1973, das die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien ankündigte, fand der Ausbau der deutschen Entspannungspolitik gegenüber den Ländern Osteuropas seinen vertraglichen Abschluß. Heute, zehn Jahre nach dem Ereignis und in einer Zeit, in der es viele Bestrebungen gibt, diese Entspannungspolitik in der Versenkung verschwinden zu lassen, ist es wert, sich an die Grundlagen zu erinnern, die für die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland entscheidend gewesen sind.

Nach der Aussöhnung mit den westlichen Nachbarn und dem Eintritt der Bundesrepublik in das westliche Lager, blieb in den 60er Jahren der Ausgleich mit den östlichen Nachbarn vorrangige Aufgabe deutscher Außenpolitik. Es ist das Verdienst von Bundeskanzler Willy Brandt, diese wichtige und vordringliche Aufgabe gegen alle Widerstände in Angriff genommen und erfolgreich gelöst zu haben. Die Bereitschaft der sozialliberalen Bundesregierung, ihre Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu normalisieren, ist damals vom Westen und der Dritten Welt nicht nur begrüßt, sondern auch unterstützt worden.

Aber auch zu Beginn der 70er Jahre war man sich schon im klaren, daß ein Ausgleich erst dann erreicht sein wird, wenn sich der Westen wie der Osten über die Grundlage einer dauerhaften Friedensordnung für den europäischen Kontinent verständigt. Dieses war und ist Kernpunkt und Zielsetzung der Entspannungspolitik zugleich. Es sollte nicht vergessen werden, daß man sich bereits zu Beginn der Ostpolitik darüber klar war, daß man sich diesem Ziel nur in einem langwierigen Prozeß der Entspannung, das heißt durch gegenseitige Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit in allen Bereichen der zwischenstaatlichen Beziehungen schrittweise nähern kann. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen wurde als Mittel zu diesem Zweck, nicht als Selbstzweck, betrachtet.

Das Nahziel deutscher Ostpolitik bestand in dem Bemühen, Vertrauen zu erwecken und das noch aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bestehende Mißtrauen gegenüber Deutschland zu beseitigen. Genauso, wie es in den 50er Jahren gegenüber dem Westen gelungen ist, Hypothesen der Vergangenheit abzubauen, ging es darum, dieses auch in den Staaten Osteuropas zu erreichen.

Die deutsche Ostpolitik als Teil der Entspannungspolitik hat darüber hinaus als mittlere Zielsetzung ihre Aufgabe in der Überwindung der Teilung Europas - ausgehend von den bestehenden Gegebenheiten - gesehen. Sie war dabei besonders darauf bedacht, die Friedfertigkeit ihrer Mittel und Ziele unter Beweis zu stellen. Gewaltverzichtserklärungen werden auch heute noch als wichtiger Ansatzpunkt gewertet.

Die Realisierung der deutschen Ostpolitik war von der Gestaltung des Verhältnisses zur Sowjetunion als Weltmacht und als Führungsmacht im osteuropäischen Raum, die für das Schicksal des deutschen Volkes eine entscheidende Rolle spielt, nicht zu trennen. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den Ländern Osteuropas und die Entwicklung der Beziehungen zu diesen Staaten sollten die Entwicklung des Verhältnisses zur Sowjetunion ergänzen und abrunden.



Entspannungs- und Ostpolitik wurde auch im engen Zusammenhang mit dem innerdeutschen Ausgleich gesehen und es wurde deutlich, daß diese Politik auch die DDR einschließt. Gleichzeitig hat die Bundesregierung nicht darauf verzichtet, auch die Grenzen ihrer Politik gegenüber Ostberlin klar zu benennen und die Interpretation widerlegt, Entspannungsbereitschaft bedeute Schwäche. Die Gleichung, Entspannungspolitik bedeute Aufgabe vielfacher Interessen wurde von Anfang an als Störmanöver entlarvt.

Entspannungs- und Ostpolitik konnte nur dort fruchtbar werden, wo sich die Interessen Deutschlands mit dem seiner östlichen Nachbarn begegneten. Ansatzpunkte bildeten die Bereiche der Wissenschaft, Technologie, Kultur und Wirtschaft. Entspannung- und Ostpolitik zielte aber darauf, die Interessenkongruenz über diese Bereiche hinaus auszudehnen, um dem Ziel, die Trennung Europas zu überwinden, näherzukommen.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien waren 1973 nicht so kompliziert, wie die Normalisierung der Beziehungen zu anderen osteuropäischen Ländern, da es mit diesen beiden Staaten keine ungelösten Territorial- oder Grenzprobleme gab.

Heute, zehn Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, hat die Bundesrepublik gute, freundschaftliche und enge Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien entwickeln können. Die Normalisierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik hat mit dazu beigetragen, daß sich beide Staaten im Rahmen des Warschauer Paktsystems und des RGW, einen Freiraum für eigene wirtschaftliche und politische Entwicklungen schaffen konnten. Das erste Mahziel der Ostpolitik, Ausgleich und Abbau vergangener Hypotheken, ist nicht nur mit Ungarn und Bulgarien, aber gerade hier besonders überzeugend gelungen. Darüber hinaus ist jedoch vieles stecken geblieben und drohte ins Gegenteil umzuschlagen. Die Trennung Europas in zwei Blocksystemen dauert fort und läuft Gefahr, sich zu verfestigen. Militärische, wirtschaftliche und ideologische Entwicklungen auf beiden Seiten tragen dazu bei, die Kluft erneut zu vertiefen.

Dafür sind sicher nicht die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn sowie Bulgarien verantwortlich. Aber alle, die in der Ost- und Entspannungspolitik mehr sehen als eine Formel für Kredit- und Exporterleichterungen und die davon überzeugt sind, daß die Trennung Europas nur schrittweise und mit friedlichen Mitteln abgebaut werden kann, bleiben aufgefordert, dieses nächste Ziel der Entspannungs- und Ostpolitik nicht aus den Augen zu verlieren. Es gibt dazu keine Alternative.

(-/21.12.1983/ks/rs)

+ + +

